

Kooperation für den Frieden

Die SprecherInnen

Die Ablehnung des EU-Vertrags von Lissabon

Die Kooperation für den Frieden beglückwünscht die irische Bevölkerung zur Ablehnung des Referendum über die Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon. Leider wurde europaweit nur den Iren und Irinnen das Recht zugestanden, ein Referendum durchzuführen.

Beim Lissabonvertrag handelt es sich um eine nur minimal veränderte Neuauflage der EU-Verfassung von 2005. Die Tatsache, dass der nahezu gleiche Vertragstext inzwischen dreimal in Volksabstimmungen abgelehnt wurde, kann als deutliches Signal gewertet werden, dass der Vertragsinhalt von großen Teilen der europäischen Bevölkerungen nicht gewollt wird.

Zu Recht betont der irische Premierminister Cowen, dass die durch die Ablehnung entstandene prekäre Lage nicht allein als irisches, sondern als europäisches Problem gesehen werden muss. Es wäre falsch, Irland jetzt in der Ratifizierung abzukoppeln oder gar die Substanz des bestehenden Vertrags, mit ein paar Sonderregelungen versehen, ein zweites Mal zur Abstimmung vorzulegen.

Nur eine komplette Umarbeitung, am besten ein gänzlich neuer Vertragsentwurf, kann Europa jetzt noch vorwärtsbringen. Dieser sollte durch einen von der europäischen Bevölkerung aus ihrer Mitte gewählten Verfassungskonvent entwickelt werden. Die zivilgesellschaftlichen Bewegungen Europas haben diese Forderung von Beginn der Verfassungsdiskussion an vorgebracht. Ein vom Verfassungskonvent erarbeiteter Vertrag muss dann von der EU-europäischen Bevölkerung per Referendum abgestimmt werden.

Insbesondere die von der Friedensbewegung immer wieder kritisierten Punkte wie Aufrüstungspflicht, europäische Verteidigungsagentur, strukturierte militärische Zusammenarbeit und Battlegroups müssen in einer solchen Neufassung von vorne herein ausgeschlossen werden. Die europäische Außenpolitik muss stattdessen durch verschiedenste Formen ziviler Konfliktbearbeitung geprägt sein.